

Daniel Ullrich
Sarah Diefenbach

ES WAR DOCH GUT GEMEINT

Wie Political Correctness unsere
freiheitliche Gesellschaft zerstört

riva

© des Titels »Es war doch gut gemeint« (978-3-7423-0342-4)
2017 by riva Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.rivaverlag.de>

Prolog

Stellen Sie sich vor, eine mysteriöse lebensbedrohliche Krankheit grassiert und wird zur Gefahr für die gesamte Bevölkerung und letztlich für die Stabilität der Gesellschaften. Praktisch alle westlichen Staaten sind betroffen. Flächendeckend wird den Menschen ein Heilmittel verabreicht, doch allen Versuchen der Eindämmung zum Trotz breitet sich die Krankheit weiter aus. Die Dosis wird weiter gesteigert, aber noch mehr Menschen sterben.

Denn die Wahrheit ist: Die in guter Absicht verabreichte Substanz ist kein Heilmittel, sondern wirkt im Gegenteil als Gift, das die Krankheit noch verschlimmert. Die meisten Menschen aber sind zu sehr mit ihrem täglichen Kampf ums Überleben beschäftigt, um an dem Mittel zu zweifeln. Der feste Glaube an die Wirksamkeit des vermeintlichen Heilmittels erstickt jede Kritik an der Behandlungsmethode – und weil sich die Krankheit weiter ausbreitet, wird konsequenterweise immer mehr davon verabreicht.

Ein beängstigendes Szenario – doch leider nicht so weit von unserer Realität entfernt. Tatsächlich befinden sich die westlichen Staaten in einer Krise, gekennzeichnet durch eine Polarisierung der Gesellschaften, Zunahme von Gewalt und Verrohung, einem Aufkeimen extremistischer Kräfte und latenter Terrorgefahr. Weit entfernt vom Ideal der freien, harmonischen, multikulturellen Gesellschaft. Und auch in unserer Realität werden diese Entwicklungen gefördert durch ein Mittel, das eigentlich als Lösung präsentiert wurde: die Political Correctness.

Political Correctness ist verkürzt gesagt die Einhaltung diskriminierungsfreier Sprache, um Stigmatisierung und Vorurteilsbildung gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen zu vermeiden – und das ist per se ein guter Grundgedanke, dem auch wir zustimmen. Die Probleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, ergeben sich vielmehr aus der

Manifestation der Political Correctness (PC) in eine Ideologie. Die negativen Effekte gehen weit über das hinaus, was eine gute Idee jemals gewollt haben kann. Selbst Straftaten werden im Namen der Political Correctness gedeckt – wenn die Täter laut PC-Regeln nicht als Täter benannt werden dürfen. Das vermeintliche Heilmittel, das die Gesellschaft zum Wohle aller Menschen verbessern sollte, ist zum eigentlichen Gift geworden. Derartiges Versagen klaren Denkens und die Inkaufnahme des Leids vieler Menschen zeigen, wie mächtig das Regelgerüst einer Ideologie werden kann, selbst wenn diese nur das Gute im Sinn hatte. Gleichzeitig sind derartige Fälle natürlich eine willkommene Vorlage für all diejenigen, die tatsächlich einen Hang zur Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen haben, um auch die schützenswerten Anteile der Ursprungsidee der Political Correctness zu verurteilen.

Das Wirken der PC-Ideologie umfasst nämlich weit mehr als das, was explizit mit Political Correctness begründet wird. Es sind meist unausgesprochene Regeln und Maxime, die die Ausbreitung der PC-Ideologie in vielen Domänen – von Journalismus, Politik, Kunst und Kultur bis hin zu Bildung und Forschung – widerspiegeln: dass man die Dinge besser macht, wenn man sie beschreibt, wie man sie gern hätte. Dass man Diskriminierung verhindert, indem man die Worte verbietet, die die Missstände verdeutlichen, und indem man Doppelstandards installiert und Personen Privilegien verschafft, die besonders schutzbedürftig scheinen. Dass man Menschen nicht zumuten kann, sich mit Realitäten auseinanderzusetzen. Dass man Menschen nicht zutraut, mit Informationen umgehen zu können. Dass jedes potenzielle Gefühl des Beleidigtseins eines Individuums mehr zählt als alles andere. Selbst die Wissenschaft, ursprünglich ein Raum der freien Forschung und Antrieb des Fortschritts einer Gesellschaft, bleibt nicht verschont. Lehrinhalte werden zensiert oder Forschungsfragen gar nicht erst gestellt – aus Angst vor Forschungsergebnissen, die nicht mit den Regeln der PC-Ideologie vereinbar sein könnten.

In dieser vom Ursprungsgedanken abweichenden Form ist die Political Correctness mentales Gift für die Gesellschaft und bei genauerem Hinsehen geradezu ein Vorurteilsgenerator. Das ursprüngliche Ziel, nämlich Diskriminierung und Vorurteile zu vermeiden, wird durch die starren Denkregeln ad absurdum geführt. Die PC-Ideologie begünstigt gerade das, wogegen sie kämpfen wollte: Sie hilft dabei, Menschen in Schubladen zu packen, ohne die tatsächlichen Hintergründe näher zu beleuchten.

Über dieses Buch

Die Entwicklung der guten Idee der diskriminierungsfreien Welt hin zur PC-Ideologie und der daraus resultierenden Katastrophe ähnelt in ihrer Struktur der klassischen Tragödie. Prototypische Protagonisten wie der paternalistische Journalist, der Gutmensch, der besorgte Bürger und der anreizorientierte Politiker treiben den Prozess voran – immer ihrer guten Gesinnung folgend. Doch die Konsequenzen ihres gut gemeinten Zusammenwirkens sind fatal. Ziel dieses Buchs ist es, die Spaltung der Gesellschaft aufzuhalten und wieder eine Grundlage für Annäherung, klares Denken und sachliche Diskussion zu schaffen. Wir verfolgen keine politische Agenda, sondern das Anliegen der Freiheit für Individuum, Gesellschaft und Wissenschaft und der Lösungsfindung auf Basis von Argumenten. Hierzu beschreiben wir den fortlaufenden Prozess der PC-Ideologie, ihre Mutation und ihre schädlichen Auswirkungen. Die offengelegten Mechanismen bieten dabei ein Erklärungsmodell, warum unsere Welt mit all ihren besorgniserregenden Entwicklungen genau so ist, wie sie ist – und warum sie nicht anders sein kann, solange das mentale Gift der PC-Ideologie weiterwirkt. Wenn man die besorgniserregenden Entwicklungen als Symptome eines Gesamtsystems und einer sich immer weiter fortsetzenden Spirale der Eskalation versteht, wird auch klar, wie die Eröffnung immer neuer Schauplätze und Feindbilder die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt – Kampf gegen »Hate Speech«, »Fake News« und Rechtsextremismus auf der einen Seite und Kampf gegen die »Lügenpresse« und die »Systemparteien« auf der anderen. Wir müssen genau diese Mechanismen eindämmen, die beständig neue Kämpfe, extreme Gegenbewegungen und noch extremere Interventionen hervorbringen, bis es für niemanden mehr Freiheit gibt.

Gerade weil der PC-Ideologie eine gute Idee zugrunde liegt, ist Kritik daran kein leichtes Thema. Aber aus dem Grund nicht darüber nachzudenken oder zu sprechen, weil es keine schöne einfache Lösung gibt oder man vielleicht falsch verstanden werden könnte, wäre fatal. Das wäre gerade das, was die Political Correctness den falschen Weg weiter vorantreibt und am Ende zu den Kollateralschäden führt, für die niemand verantwortlich sein will.

Gleichzeitig denken wir, dass es Lösungsansätze gibt und sich die guten Absichten der verschiedenen Protagonisten positiv nutzen lassen, wenn man diese aus einer Gesamtsicht betrachtet. Wir möchten damit den Blick

über einzelne Phänomene wie Flüchtlingskrise, Brexit oder Radikalisierung der Gesellschaft hinaus auf die generellen Wirkmechanismen und systemischen Zusammenhänge lenken. Dazu beschreiben wir relevante psychologische Mechanismen sowie typische Denk- und Argumentationsmuster wie die Psychologie der Vertrauensbildung oder Dirty Discussion Tactics. Es wird erkennbar, wie die von der PC-Ideologie ausgehende Blockade der Lösungsfindung durch klares Denken den Fortschritt unserer Gesellschaft lähmt – und wie sich toxische Einflüsse mittlerweile auf alle Ebenen der Gesellschaft ausgebreitet haben.

Gerade angesichts der aktuellen gravierenden Probleme und Herausforderungen der Welt ist eine faktenbasierte und zielorientierte Diskussion dringend vonnöten.

Dies ist selbstverständlich leichter gesagt als getan in einer Zeit, in der sich die Ereignisse überschlagen und schon der nächste Terroranschlag gemeldet wird, während man noch über den letzten trauern wollte. Doch das darf nicht verhindern, die Notwendigkeit des Einschreitens aus einer Gesamtsicht zu verdeutlichen. Im Sinne eines Zielzustands, den wir uns wahrscheinlich alle wünschen: eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, in der klares Denken und faktenbasierte Diskussionskultur möglich sind und Menschen mit unterschiedlichen Meinungen miteinander in Dialog treten können, anstatt durch Doppelstandards und entsprechende Gegenreaktionen in ihrer gegenseitigen Missachtung stetig bestärkt zu werden.

Die in den folgenden Kapiteln beschriebene Tragödie der Political Correctness zeigt den sukzessiven Aufbau der toxischen Spirale der PC-Ideologie und ihrer fatalen Konsequenzen, von der guten Idee zur Katastrophe.

Die zwischen den Akten beschriebenen Protagonisten – der Gutmensch, der besorgte Bürger, der paternalistische Journalist, der anreizorientierte Politiker und die kopfschüttelnde schweigende Mehrheit – repräsentieren prototypische Vertreter verschiedener Gruppen, die durch ihr Handeln die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben. Und doch ist jeder Protagonist überzeugt von seinem Wirken für die gute Sache – ein gemeinsamer Ansatzpunkt, den wir zum Schluss des Buches aufgreifen werden.

AKT 1

.....

Am Anfang war die gute Idee

Großbritannien im Jahr 2014. Wir blicken auf die Geschehnisse im Städtchen Rotherham in Nordengland. Wie jetzt enthüllt wurde, sind hier über einen Zeitraum von 16 Jahren hinweg mehr als 1400 Kinder und Jugendliche Opfer systematischen Missbrauchs geworden. Sie wurden eingesperrt, misshandelt, vergewaltigt und von den Tätern an Freunde zum weiteren Missbrauch weitergereicht. Ein 12-jähriges Mädchen beispielsweise wurde von mehreren Männern in einem Auto missbraucht, von den Männern gab es Geschenke wie Süßigkeiten, Handys, Alkohol oder Drogen. Einige der missbrauchten Mädchen sagten später aus, sie hätten die Verbrechen für normal gehalten – einfach weil sie es nicht anders kannten.

Die Umstände des Verbrechens verleihen der Gesamtsituation nochmals eine ganz besondere Brisanz: Den verantwortlichen Behörden waren die Vorgänge seit Jahren bekannt. Sowohl Polizei als auch Jugendämter schauten tatenlos zu. Immer wieder wandten sich Missbrauchsoffer hilfesuchend an die zuständige Polizei, nur um mit Ignoranz und Abwiegeln abgeseigt zu werden. Wie konnte es in einer westlichen Demokratie, in der Werte wie Minderheitenschutz hochgehalten werden, dazu kommen, dass selbst eine Bevölkerungsgruppe, die offiziell besondere Rücksicht und Förderung erfährt – nämlich Kinder, Mädchen –, jahrelang Qualen durchleben musste? Wie konnte es passieren, dass die Hilferufe der Opfer schlichtweg ignoriert wurden? Ein Grund für

© des Titels »Es war doch gut gemeint« (978-3-7423-0342-4)
2017 by riva Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.rivaverlag.de>

dieses scheinbar unerklärliche Verhalten war die Angst der Verantwortlichen. Nicht die Angst vor den Tätern. Angst vor der Öffentlichkeit, als Rassisten dazustehen, wenn sie die Täter öffentlich benennen: Die Täter kamen mehrheitlich aus Pakistan.

Selbst als die Vorfälle nicht mehr zu leugnen waren, führte dies zu keiner ehrlichen Berichterstattung. Im Gegenteil nutzten Personen auf gehobenen Positionen in der Polizei und Politik ihren Einfluss und sorgten dafür, dass die Täterherkunft verschwiegen wurde. In einigen Fällen wird die Verhinderung von Ermittlungen und Berichten mit Selbstschutz zu tun gehabt haben, denn auch Stadträte und Polizisten mit pakistanischen Wurzeln sollen Kinderschändereien angehört haben.¹ In anderen Fällen führte schlicht die Einhaltung der Regeln der Political Correctness zu einem Innehalten der Ermittlungen.

Was genau ist Political Correctness?

Die Grundidee der Political Correctness ist die Vermeidung von Äußerungen, die eine Diskriminierung von Minderheiten und Unterprivilegierten schüren könnten. Hieraus folgt implizit ein Werk von Regeln und Normen, die negative Äußerungen über Minderheiten und Unterprivilegierte verbieten. Denn selbst wenn es der Wahrheit entspricht, könnten negative Aussagen über einzelne Angehörige einer Gruppe eine generalisierende Vorverurteilung und Diskriminierung dieser Gruppe insgesamt fördern, so die Argumentation gemäß PC-Ideologie. Verstöße gegen die Regeln der Political Correctness können eine entsprechende Sanktionierung nach sich ziehen, beispielsweise die öffentliche Verurteilung als Rassist bei Benennung negativen Verhaltens von Ausländern oder als Sexist bei Benennung negativen Verhaltens von Frauen. Wer die Regeln der Political Correctness missachtet, bringt sich also auch selbst in Gefahr. So kann die Entscheidung zwischen Einhaltung der PC-Regeln und der Verpflichtung gegenüber der Wahrheit im Sinne einer vollumfänglichen Darstellung der Fakten zu einem immensen inneren Konflikt führen.

Als zugewanderte Pakistaner gehörten auch die Täter im Fall Rotherham zu einer schützenswerten Minderheit. Man habe den Eindruck erhalten, die ethnische Dimension des Kindesmissbrauchs solle heruntergespielt

werden, beschreibt es der von Prof. Alexis Jay im Auftrag des Rotherham Metropolitan Borough Council verfasste Untersuchungsbericht.²

Der Fall in Rotherham ist eine besonders extreme Konsequenz falsch verstandener Political Correctness. Die Behörden stellen die PC-Regel, negative Äußerungen über Minderheiten zu unterlassen, über ihre eigentliche Aufgabe, nämlich den Schutz der Bevölkerung – hier der missbrauchten Mädchen. Das ist eine gravierende Verletzung der ihnen übertragenen Verantwortung, begleitet von den typischen Verhaltensweisen bei solch einem Konflikt: Schweigen, Ignorieren, Wegschauen, um am Ende höchstens das zuzugeben, was ohnehin längst bekannt ist.

Der Fall Rotherham demonstriert, wie die Political Correctness groteske und äußerst schädliche Konsequenzen hervorbringen kann. Ob den verantwortlichen Behörden in vollem Maße bewusst war, was sie taten – nämlich die PC-Regel über das Recht der missbrauchten Opfer zu stellen –, ist fraglich. Möglicherweise hatten sie die PC-Regel bereits so internalisiert, dass jede Fähigkeit zur Reflexion und zum Abwägen von Verhältnismäßigkeiten abhandengekommen war. Auch die letztendliche Konsequenz des Falls von Rotherham ist charakteristisch für die Auswirkungen der PC-Ideologie. Statt tatsächlich das zu unterstützen, wofür die Political Correctness ursprünglich angetreten ist, nämlich Diskriminierung und Vorverurteilung vorzubeugen, schafft sie genau dafür eine Grundlage. Statt der Gesellschaft zuzutrauen, dass sie aus der Verurteilung von vier Männern pakistanischer Herkunft wegen Vergewaltigung nicht zwangsläufig den Schluss ziehen werde, alle Pakistaner seien Vergewaltiger, wird durch die Verschleierung in der Gesellschaft das Misstrauen geschürt. Wenn hier 16 Jahre lang vor den Augen der Behörden Pakistaner ihr Unwesen treiben dürfen – was passiert dann noch alles, von dem wir nichts wissen? Die Dunkelziffer wird (je nach politischer Orientierung) überschätzt, der Raum für unheilvolle Spekulation ist eröffnet. In Anbetracht dieser destruktiven Effekte selektiver Berichterstattung haben sich in Deutschland bereits einzelne Zeitungen dazu entschlossen, »mit Fakten gegen Gerüchte« vorzugehen und die Nationalität von Straftätern konsequent zu berichten, um so möglichen Fehleinschätzungen, beispielsweise zur Zahl krimineller Flüchtlinge, den Boden zu entziehen.³ Die Mehrheit der Medien folgt jedoch der Richtlinie des Presserats, die vorsieht, dass die Zugehörigkeit von Verdächtigen oder Tätern zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten in der Regel nicht erwähnt werden soll, es

sei denn, es bestehe ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders sei zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.⁴

Der Aspekt der Täterherkunft ist hier nur ein Beispiel für die letztlich destruktiven Auswirkungen der PC-Ideologie. Ein Gesamtproblem ist die Entwicklung der Political Correctness zu einem impliziten Regelwerk, das bestimmt, mit welchen Fragen, Fakten und Überlegungen Menschen im Rahmen medialer Berichterstattung konfrontiert werden dürfen, und das, wie Berichte von Hochschullehrern zeigen, mittlerweile auch das Spektrum erlaubter Debatten und Forschungsfragen in der Wissenschaft bestimmt.^{5,6} Ein solches Regelwerk, das wie ein Filter über der Realität liegt, verfrachtet die Menschen in eine unmündige Position, nimmt ihnen das Denken ab und traut ihnen nicht zu, sich mit der nüchternen Realität auseinanderzusetzen. In vielen Fällen wirken die PC-Regeln im Hintergrund, ohne merkliche Komplikationen und ohne, dass dies von den Menschen als problematisch wahrgenommen wird. Insbesondere dann jedoch, wenn die Lücken zwischen Realität und PC-Regeln offensichtlich werden und Berichterstattung oder politische Appelle im Nachhinein als Täuschungsversuch erlebt werden, sind die Rückschlageffekte immens.

Menschen wollen nicht bevormundet und nicht betrogen werden. Sie reagieren sogar äußerst empfindlich auf derartige Versuche, und verlorenes Vertrauen in Medien und Politiker ist schwer wieder aufzubauen. Menschen, denen eigenständiges Denken und freie Meinungsbildung wichtig sind, suchen nach Alternativen. Auch extreme politische Gruppierungen erhalten Zulauf und nutzen die einseitige Positionierung von Medien und Politik im Sinne der PC-Ideologie als Aufhänger für ihre Forderungen, oftmals begleitet von Ideen über Verschwörungen zwischen »Systemparteien« und »Systempresse« bzw. »Lügenpresse«. Auch um diese Tendenzen einzudämmen, werden die Forderungen im Namen der Political Correctness immer extremer und Einschränkungen in der freien Meinungsäußerung und Wissenschaft immer gravierender. So wird die gut gemeinte Idee der Political Correctness schließlich zur Gefahr für die freiheitliche Gesellschaft. Doch gehen wir zunächst zurück zu den Anfängen der Political Correctness als gute Idee.

Die Ursprünge der PC-Ideologie

Ursprung der Political Correctness war die Vorstellung, niemanden aufgrund seiner Herkunft zu diskriminieren, weder in Handlungen noch in Worten.

Die Grundpfeiler der Political Correctness

Kern der PC-Ideologie ist der universale **Gleichheitsgrundsatz**: Alle Menschen sind ihrem Wesen nach gleich und gleichwertig. Gruppenzugehörigkeiten erlauben keinerlei Schlüsse über Verhaltensweisen oder Wertungen, jegliche Vorurteile sind damit unangemessen. Unterschiede werden primär auf Sozialisierung und kulturelle Einflüsse zurückgeführt, biologische Ursachen hingegen abgelehnt. So ist der Erfolg eines Menschen letztlich auch nur ein Ausdruck von Privilegierung durch günstige Umgebungsvariablen.

Als wichtigsten Hebel gesellschaftlicher Einflussnahme betont die PC-Ideologie die Sprache. Gemäß der Grundüberzeugung **Sprache erzeugt Realität** sieht die PC-Ideologie Sprache nicht nur als Ausdruck des Denkens und als Instrument zur Beschreibung der Realität, sondern auch als Mittel zu deren Gestaltung⁷. Demnach könne man durch die Kontrolle der Sprache, d. h. durch die Verwendung der richtigen Worte und Sprach-Codes sowie durch das Verschweigen von Missständen, eine gewünschte Realität und bessere Welt erschaffen. So betreffen auch viele der zentralen PC-Maßnahmen die sprachliche Ebene: Sprachregeln, Sprachverbote, Euphemismen, Umdeutung etablierter Begriffe oder die Verfolgung von Hassreden.

Die PC-Ideologie ist nicht notwendigerweise identisch mit linker Ideologie, teilt aber gewisse Werte – beispielsweise den Gleichheitsgrundsatz oder Sozialisierung als Haupteinflussfaktor für Unterschiede. Die historischen Wurzeln der PC-Debatte liegen in den USA, ihren Höhepunkt erreichte sie dort in den 1990er-Jahren. Prof. Gassert, Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, diagnostiziert: Im Zentrum stand immer wieder die Frage, wie eine normativ auf die Idee der Gleichheit verpflichtete Gesellschaft (»All men are created equal.«) realer Ungleichheit begegnen kann, die auch auf historisch verfestigte rassische, geschlechtsspezifische oder religiöse Vorurteile zurückzuführen ist⁸.

Die kontroverse Geschichte der Political Correctness

Die Debatte um Political Correctness hat in den USA eine lange Tradition und war begleitet von Kulturkämpfen⁸. Ab den 1970er-Jahren forderten lange Zeit diskriminierte Gruppen neben politischer Teilhabe auch gesellschaftliche Anerkennung. Die Unterstützung ebensolcher Bestrebungen wie der Black-Power-Bewegung galt als »politisch korrekt«. An Universitäten bemängelten Studenten in den 1980er-Jahren Pflichtkurse zur westlichen Zivilisation (Western Civilization), in denen die Werke »toter, weißer europäischer Männer« (gemeint waren die Philosophen der Aufklärung) zu sehr im Vordergrund stünden. In den 1990er-Jahren wurde die PC-Debatte konzentriert auf Sprachkritik und vornehmlich an Universitäten weitergeführt und in diesem Zeitraum auch erstmalig in Deutschland thematisiert. Gegenbewegungen formierten sich ebenfalls, in den USA wurde die Dominanz »politisch korrekter« Sprache von den politischen Rechten bzw. Konservativen als Zensur und Einschränkung der Redefreiheit kritisiert, so auch 1991 von Präsident George H. W. Bush in einer Rede an der University of Michigan⁹. Auch in Deutschland wird Political Correctness kontrovers diskutiert.

Das Kernanliegen der Political Correctness, auf Äußerungen zu verzichten, die Vorurteile schüren oder zementieren könnten, ist ein Gedanke, der hervorragend in unsere Zeit passt. Eine Zeit, in der die Welt immer kleiner wird, bunte Mischungen von Gruppen verschiedener Herkunft miteinander und nebeneinander leben und man sich als offener, vorurteilsfreier Kosmopolit versteht. Somit ist die Idee der Political Correctness auch Ausdruck der guten Absicht, die konfliktreiche Phase der Welt endgültig hinter uns zu lassen und sich einem harmonischen Miteinander zuzuwenden. Eine schöne Vorstellung und lobenswerte Mission. Dass die durch Political Correctness erzeugte Unentschlossenheit, wie man die Dinge denn nun richtig formuliert oder benennt, nicht immer zum besten Gesamtergebnis führt, sondern oft vielmehr von einer Beschäftigung mit den tatsächlichen Problemursachen und Opfern wegführt, zeigte in Deutschland beispielsweise der Fall Köln.

© des Titels »Es war doch gut gemeint« (978-3-7423-0342-4)
2017 by riva Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.rivaverlag.de>

Episoden der PC-Ideologie

Der Fall Köln – Silvester 2015

Der Vorfall: In der Silvesternacht 2015 wurden in Köln Hunderte Frauen Opfer von sexuellen Übergriffen, Diebstahl, Raub und Vergewaltigung durch Gruppen junger Männer vornehmlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. Bereits am Neujahrmorgen lagen mehr als 100 Anzeigen wegen Vorfällen in der Kölner Innenstadt vor, meist im Bereich Hauptbahnhof und Kölner Dom. Im Februar lagen der Staatsanwaltschaft Köln dann mehr als 1000 Strafanzeigen vor¹⁰.

Berichterstattung und öffentlicher Diskurs Teil 1: Schweigen. Bis auf einige Lokalblätter gab es zunächst keine Berichte in den großen Medienhäusern oder den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (hier zusammenfassend bezeichnet als Mainstreammedien).

Berichterstattung und öffentlicher Diskurs Teil 2: Beschwichtigungen und Eröffnung von Nebenkriegsschauplätzen. Nachdem Meldungen über die Geschehnisse in Köln mittels alternativer Medien (hier als Sammelbegriff für kleinere, neuere Medienportale, meist im Internet) in die Gesellschaft durchsickerten, fingen auch die Mainstreammedien an, über die Ereignisse der Silvesternacht zu berichten. Die Berichterstattung war insgesamt geprägt von einem beschwichtigenden, die Vorkommnisse herunterspielenden Tenor. Politiker äußerten sich zurückhaltend, sie hätten zunächst von nichts gewusst. Zu Nachfragen nach einer Kommentierung der Ereignisse hieß es oft, man wolle noch abwarten, keine voreiligen Schlüsse ziehen, niemanden vorverurteilen. Auch als die oben genannten Fakten allgemein bekannt waren, bestand die Berichterstattung eher aus Beschwichtigungen. So hieß es beispielsweise, viele Anzeigen könnten auch schlicht aufgrund von Taschendiebstahl getätigt worden sein, nicht alle der Frauen wurden tatsächlich vergewaltigt. In diesem Zuge wurden auch zahlreiche Nebenkriegsschauplätze und Diskussionen um definitorische Feinheiten rund um die gewaltsamen Übergriffe eröffnet. Ein Beispiel hierfür war die Frage: Ist es tatsächlich bereits Vergewaltigung, wenn eine Frau von einer Gruppe Männer eingekesselt wird und ihr Finger in verschiedene Körperöffnungen eingeführt werden, oder ist dies nur »Beleidigung auf sexueller Grundlage«? Dieses Klima der Vertuschung, Beschwichtigung und Ablenkung auf Nebendiskussionen zog sich wie

ein roter Faden durch öffentliche Reaktionen seitens Mainstreammedien und Politik. Dies mag zunächst rätselhaft scheinen, vor allem weil Gewalt gegenüber Frauen in Deutschland eigentlich als ein allgemein inakzeptables Verhalten gilt, das bei entsprechenden Vorfällen mit vehementer Schärfe verurteilt wird.

Die PC-Ideologie als Erklärung: Greifbar wird das rätselhafte Verhalten von Medien und Politik, wenn man das Regelwerk der PC-Ideologie als möglichen Einflussfaktor heranzieht. Wie auch im Fall von Rotherham passten die Täter im Fall Köln nicht in das nach PC-Ideologie vorgeschriebene Bild eines Täters. Täter sind laut PC-Ideologie typischerweise privilegierte Personen, in der Regel männlich und weiß. Wer von diesem Profil abweichende Personen als Täter benennt, muss mit Gegenwind rechnen, wird vielleicht selbst als Täter stigmatisiert, da man Diskriminierung und Vorurteile vorantreibe. So hatte wohl manch ein Journalist das durchaus verständliche Gefühl, man kann es nur falsch machen – das Thema ist zu heiß, soll sich doch bitte jemand anderes daran die Finger verbrennen. Dieses Beispiel zeigt die immense Macht impliziter Verhaltensgebote. Ohne dass sich jeder einzelne Journalist oder Politiker bewusst dafür entscheiden musste, sich den Regeln der PC-Ideologie zu unterwerfen, handelte dennoch die Mehrheit entsprechend. Es ist auch gar nicht notwendig, die Regeln der PC-Ideologie explizit zu lernen, um sie dann anwenden zu können. Wie es bei sozialen Normen der Fall ist, lernen Menschen auch implizit, was man tun darf und für welches Verhalten Sanktionen drohen – so wie es der Fall ist, wenn strafbares Verhalten im Zusammenhang mit fremdländischen Tätern thematisiert wird.

Versuche der Realitätsanpassung im Sinne der PC-Ideologie: Nicht nur die (selektive) Berichterstattung, auch die nachfolgenden Diskussionen werden nachvollziehbar, wenn man diese als Versuche versteht, die Realität im Sinne der PC-Ideologie zu interpretieren. Die Taten einer Personengruppe, die laut PC-Ideologie nicht Täter sein darf (im Fall Köln Flüchtlinge, Migranten), müssen relativiert werden und die Schuld für ihre Taten muss bei anderen als den Tätern selbst verortet werden (z. B. der Gesellschaft, den Opfern). Dies erklärt die vielen Stimmen, die darauf hinwiesen, dass ja wahrscheinlich nicht alle Täter aus Nordafrika kamen. Und es erklärt auch die Frage: Woran erkenne man überhaupt gerichtsfest einen Nordafrikaner? Simone Peter, Bundesvorsitzende der Grünen, fragte, wie lange die Täter schon in Deutschland waren und »ob sie Zugang zu Integrationsmöglichkeiten hatten« – konnten sie wissen,

dass Vergewaltigung in Deutschland nicht in Ordnung ist? Auch von gefühlter und tatsächlicher Sicherheit war die Rede: Die Bürger fühlten sich unsicher, tatsächlich sei die Sicherheitslage jedoch unverändert und es gäbe keinen Grund, sich unsicher zu fühlen. Die polizeiliche Kriminalstatistik allerdings gibt allen Anlass für ein Gefühl zunehmender Unsicherheit: Von 2015 auf 2016 hatte sich die Zahl der Delikte im Bereich Vergewaltigung und schwere sexuelle Nötigung mehr als verdoppelt¹¹. Henriette Reker – Kölner Bürgermeisterin und selbst zuvor durch einen Messerangriff schwer verletzt worden – riet Frauen in vergleichbaren Situationen zu der berüchtigten »Armlänge Abstand«.

Die fatalen Konsequenzen: Gut gemeinte Ratschläge wie die Armlänge Abstand sind fatal aus vielerlei Perspektiven. Sie wirken als Offenbarungseid der schlichten Überforderung der Politiker, die anscheinend keinerlei Lösungen anzubieten haben und ihre Bürger nicht schützen können. Sie lenken den Fokus auf die Opfer, denen implizit eine Teilschuld gegeben wird – hätten sie die Armlänge Abstand eingehalten, wäre sicherlich nichts passiert. Die Reaktionen im Internet sollten nicht lange auf sich warten lassen. Empörte Nutzer, die Frau Reker fragten, warum sie bei ihrem Messerangriff nicht selbst mit gutem Beispiel vorangegangen war, waren noch die harmloseren Kommentare.

Der Fall Köln – Silvester 2016

Der Vorfall: Am Silvesterabend 2016 stand Köln von Beginn an im Fokus der Beobachtung. Geprägt von den Vorfällen im Vorjahr beobachtete die gesamte Republik gespannt die Situation. Würde es wieder Übergriffe geben? Würden Politik und Medien erneut schweigen? Im Gegensatz zum Vorjahr war die Polizei 2016 mit etlichen Hundertschaften präsent. Rund 2000 Personen, die mehrheitlich zum Verdächtigenkreis des »gewaltbereiten Nordafrikaners« gehörten, wurden eingekesselt und kontrolliert. Die Polizei stellte Personalien sicher, sprach Platzverweise aus und dokumentierte ihre Tätigkeit für die Öffentlichkeit mit dem Tweet: »Am HBF werden derzeit mehrere Hundert Nafri überprüft. Infos folgen.«

Berichterstattung und öffentlicher Diskurs: Anders als im Vorjahr wurde diesmal direkt über Köln berichtet. Im Fokus standen jedoch weniger Fragen zu den Geschehnissen selbst, sondern der von der Polizei in ihrem Tweet verwendete Begriff Nafri. Nafri ist, wie wir lernen konnten, im Polizeijargon die Kurzform für »Nordafrikaner« oder »nordafrikanischer

Intensivstrafäter«. Nachfolgende Fragen, die in den Medien diskutiert wurden, waren dann beispielsweise: Ist Nafri nicht eine Vorverurteilung? Schürt das Diskriminierung? Wie sieht überhaupt ein prototypischer Nafri aus? Darf man Nafri nun sagen oder ist dies politisch unkorrekt? »Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Nafri und Neger?!«, twitterte auch der Satiriker und Moderator Jan Böhmermann. Eine weitere Diskussion, die im Rahmen der Nafri-Debatte aufkam, war die um das Prinzip des Racial Profiling. Profiling bedeutet die Erstellung von Täterprofilen, die eine Reihe von Personenmerkmalen aufführen, die für eine spezifische Tat typisch sind. Die Idee ist, dass man nicht jeden kontrollieren kann und will und durch Profiling die Trefferquote erhöht. Racial Profiling bedeutet, dass im Rahmen von Polizeikontrollen die ethnische Herkunft eine Rolle bei der Auswahl spielt, wer kontrolliert wird. Vertreter der PC-Ideologie nahmen den Bericht der Polizei über die Kontrolle der Nafri als Anlass für eine generelle Kritik am Prinzip des Racial Profiling. Kritiker dieser Argumentation führen an, dass man konsequenterweise komplett auf Profiling verzichten, also jeden kontrollieren müsse, egal, wie absurd die Verdächtigung auch scheinen mag. Greise und Kinder könnten genauso gut Drogendealer sein wie junge Erwachsene, Frauen könnten genauso gewalttätige Übergriffe begehen wie Männer usw. Es wurde also nach gleichen Kontrollen für jedermann verlangt, denn alles andere wäre Diskriminierung.

Racial Profiling: Kontroverse Diskussion

Die Personenkontrolle auf Basis von Profilen (Profiling) ist Bestandteil alltäglicher Polizeiarbeit. Der spezifische Fall des Profiling, bei dem die ethnische Herkunft oder die Hautfarbe zum Selektionskriterium wird, wird von Kritikern entsprechend als Racial Profiling bezeichnet und von der PC-Ideologie abgelehnt. So beispielsweise, wenn der Bundesgrenzschutz in aus Italien kommenden Zügen nach illegal einreisenden Flüchtlingen aus Afrika sucht und dabei vornehmlich Menschen mit dunkler Hautfarbe kontrolliert. Die Argumentation von Vertretern der PC-Ideologie lautet: Nicht jeder Afrikaner müsse notwendigerweise schwarz sein und nicht jeder Schwarze notwendigerweise ein illegal einreisender Flüchtling. Um nicht zu diskriminieren, müssten auch ebenso viele weiße Personen

daraufhin kontrolliert werden, ob sie nicht möglicherweise illegal einreisende Flüchtlinge aus Afrika seien.

Auch hinsichtlich der Personenkontrollen in der Silvesternacht 2016 in Köln flammte der Vorwurf auf, die Polizei habe unrecht gehandelt, eben weil sie die Hautfarbe oder ethnische Herkunft als Selektionskriterium verwendete. Nach Meinung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International stelle das Vorgehen der Polizei eine Menschenrechtsverletzung dar und sei ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot. Damit sei Racial Profiling ein unerlaubtes Mittel im Kampf gegen Sexismus.

Kritiker halten dagegen, dass ja nicht nur die ethnische Herkunft vom Antidiskriminierungsgesetz geschützt sei. Gemäß Diskriminierungsverbot darf auch niemand aufgrund von Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, sexueller Identität, Alter usw. benachteiligt werden. Übertragen auf die Verhinderung von Diskriminierung in Rahmen von Profiling hieße das, man müsse konsequenterweise immer alle Personen kontrollieren, egal, um welche Straftat es sich handelt. Dies setzt offensichtlich den ursprünglichen Sinn des Profilings außer Kraft. Ein Täterprofil, das keinerlei Personenmerkmale enthalten darf, weil jedes einzelne Merkmal eine Diskriminierung darstellen könnte, ist kein Profil mehr.

Die PC-Ideologie als Erklärung: Die Aufregung um den Begriff Nafri und die verhältnismäßig zurückhaltende Diskussion um die »Nafri« selbst lassen sich wieder erklären, wenn man dies als einen Diskurs im Dienste der PC-Ideologie betrachtet. Diesmal musste kein Schweigen vorausgehen, denn es gab direkt einen Aufhänger, an dem Journalisten und Politiker sich reiben und eine im Sinne der PC-Ideologie gute Debatte anstoßen konnten. Anders als im Vorjahr war es dieses Jahr noch naheliegender, die Diskussion direkt weg von den nicht PC-Ideologie-konformen Fakten (gewaltbereit und Flüchtling passen laut PC-Ideologie nicht zusammen) hin zu einer im Sinne der PC-Ideologie zielführenden Debatte zu lenken. Die Polizei hatte mit dem Begriff Nafri eine Vorlage geliefert, die sich wunderbar eignete, im Folgenden über zahlreiche Facetten der Diskriminierung zu debattieren. Nicht nur über die sprachliche Diskriminierung, sondern eben auch über Aspekte wie Racial Profiling. Natürlich handelt es sich hierbei um berechnete Fragen und Überlegungen

von gesellschaftlicher Relevanz, für die es auch Raum geben sollte. Für den Fall Köln zeigt sich aber auch, wie abermals die öffentliche Diskussion in eine spezifische Richtung glitt, die als voller Erfolg im Sinne der PC-Ideologie verbucht werden kann: Statt über den Täter zu debattieren, wurde er zum Diskriminierungsopfer gemacht – und es ging dann nur noch darum, wie stark er diskriminiert wurde. Die Debatte versandete irgendwann – im Großen und Ganzen war man sich einig, dass die Polizei mit ihrem Vorgehen richtig gehandelt hatte. Die Polizei ihrerseits gelobte, in Zukunft sensiblere Twitter-Vokabeln zu verwenden.

Die fatalen Konsequenzen: Was neben der übergroßen Debatte um Begriffe und Labels vollkommen in den Hintergrund geriet, waren in den Mainstreammedien erneut die Fragen zu den Geschehnissen selbst: Wie kam es überhaupt, dass wieder mehr als 1000 gewaltbereite Nordafrikaner zu ebendem Platz kamen, an dem ein Jahr zuvor die sexuellen Übergriffe stattfanden? Hatten sie die gleiche Absicht wie die Täter ein Jahr zuvor? Und auch falls nicht – warum hatten sie sich dann an diesem vorbelasteten Ort eingefunden? Diskussionen hierzu fanden großteils in den alternativen und rechtsorientierten Medien statt, die die Vorfälle in ihrem Jargon kommentierten. Die Zeitung *Junge Freiheit* beispielsweise beschrieb die Silvesternacht 2016 als Zusammenrottung junger afrikanisch-arabischer Einwanderer, die »auch nach einem Jahr der Integrationspropaganda« gezielt und unbeeindruckt zusammengelassen sind, um »Staatsmacht und Einheimische herauszufordern und ihnen den öffentlichen Raum streitig zu machen«. Kritisiert werden in dem Artikel auch die Reaktionen der Medien und Journalisten wie dem »ZDF-Chefpropagandist« Claus Kleber, die so taten, »als wäre die Abkürzung Nafri und der polizeiliche Umgang mit ihnen das drängendste Problem und nicht die Kriegserklärung der nordafrikanischen Intensivtäter an Staat, Gesellschaft und öffentliche Ordnung«¹². Derartige Berichterstattungen sind sicherlich keine ideale Grundlage für eine sachliche und ausgewogene Auseinandersetzung. Doch wenn es die einzigen Medien sind, die dies zum Thema machen, dann findet die Diskussion auch nur dort statt.

Einige wenige Politiker der etablierten Parteien, die sich zu Wort meldeten, argumentierten, die Nordafrikaner wollten ja lediglich feiern und hätten auch alles Recht dazu. Man dürfe nicht vorverurteilen – vielleicht waren sie ja ganz ohne böse Absicht an den Kölner Bahnhofspalast gekommen. So weit, so richtig. Wir wissen tatsächlich nicht, was sich die Männer dabei gedacht oder auch nicht gedacht haben, als sie sich zum